

Die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Länder am Vorabend der EU-Osterweiterung

Das reale Bruttoinlandsprodukt der acht mittel- und osteuropäischen Länder, die im Mai diesen Jahres der EU beitreten, nahm im Jahr 2003 insgesamt um 3,6 % zu und stieg damit stärker als im Jahr zuvor. Eine rege Inlandsnachfrage unterstützte die zügige Ausweitung der Produktion. Von der Außenwirtschaft kamen keine größeren Impulse, allerdings entwickelten sich die Exporte reger als im Vorjahr, zugleich nahmen aber auch die Importe stärker zu. Eine Ausnahme bildete die Slowakei, deren Zunahme des Bruttoinlandsprodukts durch einen überdurchschnittlichen Anstieg der Exporte gestützt wurde. In der gesamten Region Mittel- und Osteuropas nahm die Wirtschaftsleistung um 5,2% zu, was vor allem mit der deutlichen Belebung in Russland zusammenhängt.

Von dem für das laufende und das kommende Jahr erwarteten Anziehen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der EU, vor allem aber in Deutschland, werden positive Impulse für die Exportentwicklung für den gesamten mittel- und osteuropäischen Raum ausgehen. In den Beitrittslän-

dern kann von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,8 % für 2004 und 4,1% im Jahr 2005 ausgegangen werden, in der gesamten Region Mittel- und Osteuropas von jeweils 4,5%. Die Inflation wird sich im Prognosezeitraum nur in einigen Ländern weiter zurückbilden.

Inlandsnachfrage trägt Wirtschaftsentwicklung

In den acht Beitrittsländern stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung im Jahr 2003 real um 3,6%, stärker als im Jahr zuvor (2,5%) (vgl. Tabelle 1). Die Lage in den einzelnen Ländern gestaltete sich differenziert. Für die Beschleunigung des Wachstums war vor allem die deutliche Erholung in Polen, der größten Volkswirtschaft unter den Beitrittsländern, ausschlaggebend. Die übrigen Beitrittsländer verzeichneten entweder eine Verlangsamung oder eine nur leichte Beschleunigung der Zunahme des Bruttoinlandsprodukts. Unter den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern legte das Wachstum in Russland zu, wobei die Steigerung gegenüber dem Vorjahr von mehr als 7% hoch ausfiel. Für Russ-

Tabelle 1:

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in den mittel- und osteuropäischen Beitritts- und Kandidatenländern sowie Russland

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005	2002	2003	2004	2005
Estland	0,8	6,0	4,5	5,5	5,5	3,6	1,3	2,5	2,5	10,3	10,0	9,5	9,5
Lettland	1,0	6,1	7,0	6,0	6,0	2,0	2,9	3,5	3,5	12,0	10,8	10,0	10,0
Litauen	1,7	6,7	8,9	6,5	6,5	0,3	-1,2	2,0	2,5	13,8	12,7	11,0	11,0
Polen	23,5	1,4	3,5	4,0	4,0	1,9	0,8	2,5	2,8	19,7	20,0	20,0	19,0
Slowakei	3,0	4,4	4,2	4,2	4,8	3,3	8,5	8,0	5,0	18,5	17,0	17,0	16,0
Slowenien	2,7	2,9	2,5	3,2	3,8	7,5	5,6	4,5	3,5	6,4	6,7	6,5	6,0
Tschechien	8,6	2,0	2,9	3,0	3,5	1,8	0,1	2,0	2,5	7,3	8,0	8,2	8,0
Ungarn	8,1	3,5	3,0	3,2	3,8	5,3	4,7	6,5	4,5	5,8	5,9	6,0	6,0
<i>Beitrittsländer^a</i>	<i>49,4</i>	<i>2,5</i>	<i>3,6</i>	<i>3,8</i>	<i>4,1</i>	<i>2,8</i>	<i>2,0</i>	<i>3,5</i>	<i>3,2</i>	<i>14,7</i>	<i>14,7</i>	<i>14,7</i>	<i>14,0</i>
Bulgarien	1,9	4,8	4,5	5,0	5,2	5,8	2,3	4,5	4,0	17,8	14,5	14,0	14,0
Rumänien	5,7	4,9	4,5	4,8	5,0	22,5	15,3	12,0	9,0	8,4	8,0	8,5	8,5
<i>Kandidatenländer^a</i>	<i>7,6</i>	<i>4,9</i>	<i>4,5</i>	<i>4,9</i>	<i>5,1</i>	<i>18,3</i>	<i>12,0</i>	<i>10,1</i>	<i>7,7</i>	<i>10,4</i>	<i>9,7</i>	<i>9,9</i>	<i>9,9</i>
Russland	42,9	4,7	7,3	5,2	5,0	15,8	12,0	9,5	7,5	8,0	8,5	8,0	8,0
<i>Insgesamt</i>	<i>100,0</i>	<i>3,6</i>	<i>5,2</i>	<i>4,5</i>	<i>4,5</i>	<i>9,6</i>	<i>7,1</i>	<i>6,6</i>	<i>5,4</i>	<i>10,1</i>	<i>10,3</i>	<i>10,0</i>	<i>9,9</i>

^a Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2002 in US-Dollar; Arbeitslosenquote Jahresdurchschnitte, nationale Statistik nach ILO-Methode, gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2002.

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; 2003: Schätzung des IWH; 2004 und 2005: Prognose des IWH.

land, dessen wirtschaftliche Entwicklung nicht so stark an die Konjunktur im Euroraum gebunden ist, kam die Erholung des weltwirtschaftlichen Umfelds besonders zum Tragen.

Wichtigste Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung war – wie schon in den Vorjahren – die Binnennachfrage, und hier vor allem der private Konsum (vgl. Tabelle 2). Seine Steigerung fiel meist kräftig aus, was mit hohen Zuwächsen der Realeinkommen bei überdurchschnittlichen Produktivitätssteigerungen einher ging. Ursächlich für die gestiegenen Realeinkommen waren u. a. Rentenerhöhungen (Polen), Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst infolge von Wahlversprechen (Ungarn) oder starke Nominallohnsteigerungen im Unternehmenssektor (Russland). Lediglich in der Slowakei stagnierte der private Konsum aufgrund von Ausgabenkürzungen im Rahmen der Budgetsanierung und einer Anhebung von Verbrauchsteuern.

Tabelle 2:
Entwicklung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in den acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern^a
- in % zum Vorjahr -

	2002	2003	2004	2005
Privater Verbrauch	4,6	4,3	3,7	3,8
Öffentlicher Verbrauch	3,2	1,7	1,5	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-1,1	1,5	4,1	5,2
Exporte	5,0	7,9	8,3	8,4
Importe	4,3	7,8	7,8	8,5
BIP	2,5	3,6	3,8	4,1

^a Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt der Länder von 2002 in US-Dollar.

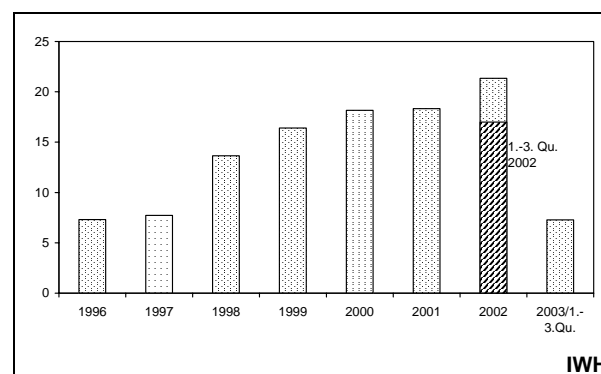
Quellen: Nationale Statistiken der Länder; 2003 Schätzung des IWH; 2004-2005 Prognose des IWH.

Daneben gingen stärkere Impulse für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2003 auch von den Investitionen aus. Sie haben in den meisten Ländern zugelegt, erstmals seit zwei Jahren auch wieder in Polen. In den baltischen Ländern und Bulgarien lagen sie unverändert auf hohem Niveau. Die Belebung ging vor allem auf Unternehmensinvestitionen zurück, was sich u. a. in einer Ausweitung der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor widerspiegelte. Auch öffentliche Investitionsprogramme, die beispielsweise zum Ausbau der Infrastruktur (Autobahnen) aufgelegt wurden, spielten eine Rolle. In Russland stiegen die Investitionen sprunghaft an

und nahmen fast doppelt so schnell zu wie das Bruttoinlandsprodukt. Eine hohe Nachfrage nach Investitionsgütern war vor allem in Exportunternehmen der Verarbeitenden Industrie zu verzeichnen, deren Finanzlage sich verbesserte, nicht zuletzt infolge einer allgemein gestiegenen Liquidität bei Banken und im Rohstoff- und Energiesektor.

Die Direktinvestitionen des Auslands spielen seit Mitte der 90er Jahre eine wichtige Rolle bei der Modernisierung des Kapitalstocks in den mittel- und osteuropäischen Ländern. Für die acht Beitrittsländer war zwischen 1996 und 2002 ein ständig wachsender Zufluss an Direktinvestitionen zu beobachten (vgl. Abbildung). Nachdem 2002 nochmals ein hoher Zufluss nach Tschechien und in die Slowakei registriert werden konnte, zeichnet sich für 2003 eine andere Entwicklung ab: In den ersten drei Quartalen betragen die Direktinvestitionszuflüsse nur noch etwa 43% verglichen mit dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Gestiegen ist der Zufluss unter den Beitrittsländern nur noch in Estland. Der Saldo aus Zu- und Abflüssen zeigt für einige Länder eine Verschlechterung der Nettozuflüsse, die jedoch durch Abflüsse in andere Reformländer zustande kam.¹

Abbildung:
Ausländische Direktinvestitionen (Zuflüsse) in die Beitrittsländer
- Mrd. US-Dollar -



Quelle: Nationalbanken der Länder.

Die im vergangenen Jahr schwächer zufließenden Direktinvestitionen hängen mit zwei Faktoren

¹ So hat die größte ungarische Bank OTP Bank im vergangenen Herbst die zweitgrößte bulgarische Bank DSK Bank übernommen, was den hohen Negativsaldo Ungarns 2003 erklärt. Vgl. BULGARIAN NATIONAL BANK: Commercial Banks in Bulgaria, Quarterly Bulletin, September 2003, S. 69.

zusammen: So nahmen die Direktinvestitionen im Ausland weltweit nach Jahren ständiger Zunahme drastisch ab (um mehr als 20%). Dieser Einbruch fand bereits im Jahr 2002 statt, er schlug sich damals allerdings noch nicht in Mittel- und Osteuropa nieder, weil es noch einige größere Privatisierungsgeschäfte gab. Generell kann der Rückgang auf die Abschwächung des Wirtschaftswachstums weltweit zurückgeführt werden. Hinzu kamen geringere Gewinne in großen transnationalen Unternehmen, die deren Bereitschaft sinken ließen, Direktinvestitionen durch Intra-Firmen-Kredite zu finanzieren.² Dieser Rückzug schlug sich im vergangenen Jahr auch in den Beitrittsländern nieder, weil keine großen Privatisierungen mehr stattfanden. Ob eine Belebung der Zuflüsse in den nächsten Jahren stattfinden wird, hängt einmal von der Erholung der Weltwirtschaft, zum anderen von weiteren Großprivatisierungen ab. Da aber die Privatisierung weitgehend abgeschlossen ist, sind von dieser Seite keine größeren Impulse mehr zu erwarten. Nachteilig wirkt sich auf die Aussichten auch die zunehmende Konkurrenz durch Entwicklungsländer und andere Transformationsländer aus. Verglichen mit diesen Ländern haben die Beitrittsländer in den vergangenen Jahren einen Teil ihrer Arbeitskostenvorteile verloren.

Inflation und Staatsfinanzen deuten auf künftigen Handlungsbedarf

Die Inflation ging 2003 in den meisten Ländern weiter zurück (Ausnahmen: Lettland und die Slowakei), in Litauen war sogar ein Rückgang des Preisniveaus zu verzeichnen.

Verglichen mit dem Beginn der Transformation haben die Länder erhebliche Fortschritte bei der Stabilisierung des Preisniveaus erzielt. Das Inflationsgefälle zwischen ihnen und den Ländern der EU ist von mehr als 15 Prozentpunkten Anfang 1996 auf durchschnittlich 1,5 Prozentpunkte am Jahresende 2003 gefallen. Der Rückgang der Inflationsraten in den vergangenen zwei Jahren war neben der erfolgreichen Stabilisierungspolitik in einigen Ländern teilweise auch konjunkturell bedingt.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union werden die neuen Mitglieder mittelfristig auch der Euro-

zone beitreten. Dies setzt die Erfüllung der bekannten Konvergenzkriterien voraus. Hinsichtlich des Kriteriums der Preisniveaustabilität bedeutet dies, dass der Abstand zu den drei Ländern der EU mit der niedrigsten Inflationsrate 1,5 Prozentpunkte nicht übersteigen darf. Wird als hypothetischer Prüfungszeitraum das Jahr 2003 unterstellt, liegt die kritische Grenze zur Erfüllung des Kriteriums bei 2,7%. Differenziert man die Beitrittsländer nach der Höhe der Inflationsraten im vergangenen Jahr, so lassen sich unter den acht Beitrittsländern zwei Gruppen unterscheiden: Die erste Gruppe mit einer durchschnittlichen Teuerungsrate von 0,5% umfasst Estland, Litauen, Polen und Tschechien. Diese Gruppe hat bereits das Kriterium der Preisniveaustabilität erfüllt. In der zweiten Ländergruppe lag die Inflationsrate hingegen bei knapp 6%. Zu diesen Ländern zählen Lettland, die Slowakei, Slowenien und Ungarn.

Ein weiteres Kriterium für die nominale Konvergenz ist das Budgetdefizit. Hier trat im vergangenen Jahr bei vier der EU-Kandidaten eine Verschlechterung ein (vgl. Tabelle 3). Über dem festgesetzten Grenzwert für die Höhe des Defizits von 3% des BIP lagen die fünf Länder Lettland, Polen, Ungarn, Slowakei und die Tschechische Republik. Übermäßige Budgetdefizite zu vermeiden ist auch schon deswegen unerlässlich, um die Erreichung der anderen Ziele der nominalen Konvergenz, insbesondere bei Zinsen, Inflationsrate und Wechselkursentwicklung, nicht zu gefährden. Da zwischen dem Beitritt zur EU und der Einführung des Euro

Tabelle 3:
Entwicklung von Bruttoschuldenquote und Budgetsaldo der acht Beitrittsländer, 2001 bis 2003
- in % BIP -

Länder	Bruttoschuldenquote			Budgetsaldo ^a		
	2001	2002	2003*	2001	2002	2003*
Estland	4,8	5,8	5,5	0,2	1,3	0,4
Lettland	15,7	15,2	16,0	-2,1	-2,8	-3,2
Litauen	23,4	22,7	22,9	-2,2	-1,7	-2,4
Polen	37,3	47,4	50,8	-3,5	-3,8	-4,1
Slowakei	48,1	44,3	45,0	-4,5	-7,2	-4,9
Slowenien	27,5	28,3	27,8	-1,3	-3,0	-1,5
Tschechische Republik	23,3	27,1	30,5	-5,1	-6,7	-7,6
Ungarn	53,4	56,3	57,5	-3,0	-9,3	-5,6

* Geschätzt. – ^a Konsolidierter Haushalt.

Quellen: Eurostat; nationale Statistiken.

² Vgl. UNCTAD: World Investment Report 2003. United Nations, New York and Geneva, 2003.

eine mindestens zweijährige Teilnahme am Wechselkursmechanismus der EU verbindlich ist, besteht zwar zunächst einmal keine unmittelbare Notwendigkeit für die Beitrittsländer, die Konvergenzkriterien bereits weit im Vorfeld der eigentlichen Konvergenzprüfung zu erfüllen. Erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen wären bei einem derzeitigen Defizit von rund 5% (Slowakei) oder darüber (Ungarn, Tschechische Republik) allerdings nötig, um die 3%-Grenze mittelfristig, d. h. beispielsweise im Jahr 2007 für eine Aufnahme in die Eurozone im Jahr 2008, zu unterschreiten. Allerdings ist hierbei nicht nur der derzeitige Budgetsaldo ausschlaggebend, sondern zur Bewertung müssen die Aussichten für seine mittelfristige Entwicklung in den Ländern berücksichtigt werden. In den Prognosen der Regierungen wird teilweise zunächst sogar von einer Ausweitung des Defizits ausgegangen.³ Allzu große Ausgabenkürzungen jedoch würden ebenso wie etwaige Zinsanhebungen als Reaktion auf eine erneute Zunahme der Preissteigerungsraten dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wirken und das Wirtschaftswachstum mindern. Für einige Länder zeichnet sich daher ein Zielkonflikt zwischen dem Erreichen von nominaler und realer Konvergenz mit den Volkswirtschaften in der EU ab.

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit und Integrationseffekte stimulieren Exportwachstum

Der Außenbeitrag der acht Beitrittsländer sowie Bulgariens und Rumäniens (MOE-10) veränderte sich im vergangenen Jahr kaum. Das Defizit im Gesamthandel blieb mit knapp 36 Mrd. Euro weitgehend auf dem Vorjahresniveau (vgl. Tabelle 4).

Im Handel mit der EU nahm das Defizit weiter ab. Nachdem es im Jahr 2001 noch 7,2 Mrd. Euro betragen hatte, belief es sich 2003 auf noch 2,3 Mrd. Euro (vgl. Tabelle 5). Der Anstieg des Defizits im Handel mit Drittländern ging im Wesentlichen auf Energiebezüge aus Russland zu höheren Weltmarktpreisen zurück.

Der Handelsbilanzüberschuss Russlands stieg von 46 Mrd. US-Dollar 2002 auf knapp 60 Mrd. US-Dollar 2003 (vgl. Tabelle 4). Die russische Wirtschaft konnte in erster Linie von gestiegenen Preisen für Erdöl und Erdgas profitieren. Mit etwa

28 US-Dollar pro Barrel lag der Erdölpreis im vergangenen Jahr um durchschnittlich etwa 10% höher als 2002. Die expandierenden Volkswirtschaften Südostasiens, nämlich China und Südkorea, aber auch die Belebung der Konjunktur in Japan sicherten den russischen Exporteuren darüber hinaus eine Ausweitung ihrer Stahl- und Chemieexporte in diese Region. Aus diesem Grunde stieg der Überschuss im Gesamthandel deutlich stärker als im Handel mit der EU.

Die Wachstumsraten der Ausfuhren der mittel- und osteuropäischen Länder überstiegen die der Einfuhren in den letzten Jahren im Gesamthandel ebenso wie im Handel mit der EU. Bei nach wie vor verhaltener Konjunktur in Westeuropa zeichnete sich somit eine Trendwende ab. In den 90er Jahren fiel die Importnachfrage der Länder transformationsbedingt sehr hoch aus, u. a., weil der Kapitalstock ihrer Volkswirtschaften modernisiert werden musste. Dadurch entstanden hohe Handelsbilanzdefizite. Die fortgesetzte Verringerung des Defizits im Handel mit der EU zeigt, dass die Phase transformationsbedingter Defizite zu Ende geht. Der Kapitalstock ist soweit modernisiert, dass die Exporte auch dann zunehmen, wenn die Konjunktur in der EU schwach ausfällt, und die im Inland produzierten Güter konkurrieren zunehmend erfolgreich mit ausländischen Produkten. Dieser Trend wird sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren fortsetzen (vgl. auch die Studie „Handelssteigernde Effekte der bevorstehenden EU-Osterweiterung“ in diesem Heft).

Generell nahm die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Güter aus Mittel- und Osteuropa auf den EU-Märkten zu. Zum einen gingen die Lohnstückkosten in einer Reihe von Ländern deutlich zurück, hohe Produktivitätssteigerungen haben das Lohnwachstum mehr als kompensiert. Zum anderen hat in den meisten Ländern auch die Abwertung des Wechselkurses gegenüber dem Euro dazu beigetragen. Der polnische Złoty zum Beispiel wertete bis Januar (Dezember) 2003 gegenüber dem Euro um 15% (32%) ab, verglichen mit dem Januar 2002. Da die Abwertung gegenüber dem US-Dollar nicht so stark ausfiel, wurden Importe aus dem Nicht-EU-Raum attraktiver.

Die Exportentwicklung einiger Länder wurde auch durch Sonderfaktoren bestimmt. Das Wachstum der slowakischen Exporte in die EU mit knapp

³ Vgl. REPUBLIC OF POLAND: Pre-Accession Economic Programme: 2003 Update. Warsaw 2003, S. 18.

Tabelle 4:

Gesamthandel der zehn mittel- und osteuropäischen Länder und Russlands, 2001 bis 2005

- in Mrd. Euro bzw. US-Dollar, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr -

	Exporte					Importe					Saldo				
	2001	2002	2003 ^a	2004 ^b	2005 ^b	2001	2002	2003 ^a	2004 ^b	2005 ^b	2001	2002	2003 ^a	2004 ^b	2005 ^b
MOE-10	165,7 <i>14,3</i>	179,6 <i>8,4</i>	192,9 <i>7,4</i>	209,0 <i>8,3</i>	229,3 <i>9,7</i>	203,7 <i>11,3</i>	215,3 <i>5,7</i>	228,8 <i>6,3</i>	241,0 <i>5,3</i>	258,9 <i>7,4</i>	-38,0 -	-35,8 -	-35,9 -	-32,0 -	-30,6 -
Russland	101,9 <i>-3,0</i>	107,3 <i>5,3</i>	135,4 <i>26,2</i>	151,7 <i>12,0</i>	154,7 <i>2,0</i>	53,8 <i>19,8</i>	61,0 <i>13,4</i>	75,4 <i>23,7</i>	90,5 <i>20,0</i>	104,1 <i>15,0</i>	48,1 -	46,3 -	60,0 -	61,2 -	50,6 -

^a Geschätzt. – ^b Prognose.

Quellen: Nationale Statistiken; Berechnungen des IWH.

Tabelle 5:

Außenhandel der zehn mittel- und osteuropäischen Länder und Russlands mit der EU, 2001 bis 2003

- in Mio. Euro, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr -

	Exporte			Importe			Saldo		
	2001	2002	2003	2001	2002	2003	2001	2002	2003
Estland	2 568 <i>-3,0</i>	2 473 <i>-3,7</i>	2 731 <i>10,4</i>	2 711 <i>-6,0</i>	2 940 <i>8,5</i>	3 071 <i>4,5</i>	-143 -	-467 -	-340 -
Lettland	1 366 <i>5,0</i>	1 460 <i>6,8</i>	1 583 <i>8,4</i>	2 056 <i>14</i>	2 268 <i>10,4</i>	2 362 <i>4,1</i>	-689 -	-809 -	-779 -
Litauen	2 442 <i>24,0</i>	2 700 <i>11,0</i>	2 600 <i>-4,0</i>	3 118 <i>22,0</i>	3 600 <i>17,8</i>	3 800 <i>4,0</i>	-676 -	-900 -	-1 200 -
Polen	27 942 <i>16,0</i>	29 820 <i>6,7</i>	31 900 <i>6,6</i>	34 512 <i>6,0</i>	35 971 <i>4,2</i>	36 400 <i>0,8</i>	-6 570 -	-6 151 -	-4 500 -
Slowakei	8 450 <i>11,2</i>	9 249 <i>9,4</i>	11 1737 <i>26,9</i>	8 207 <i>21,0</i>	8 816 <i>7,4</i>	10 236 <i>16,1</i>	243 -	433 -	1 300 -
Slowenien	6 428 <i>6,1</i>	6 506 <i>1,2</i>	6 600 <i>1,4</i>	7 674 <i>3,0</i>	7 871 <i>2,6</i>	8 200 <i>4,2</i>	-1 246 -	-1 365 -	-1 600 -
Tschechische Republik	25 692 <i>19,0</i>	27 844 <i>8,4</i>	30 072 <i>8,0</i>	25 148 <i>16</i>	25 898 <i>3,0</i>	26 827 <i>3,6</i>	543 -	1 946 -	3 245 -
Ungarn	25 319 <i>10,4</i>	27 452 <i>8,4</i>	27 400 <i>-0,2</i>	21 764 <i>7,0</i>	22 467 <i>3,2</i>	23 200 <i>2,8</i>	3 554 -	4 977 -	4 200 -
Bulgarien	3 129 <i>16,9</i>	3 375 <i>7,9</i>	3 722 <i>10,3</i>	4 011 <i>29,0</i>	4 226 <i>5,4</i>	4 702 <i>11,0</i>	-882 -	-851 -	-980 -
Rumänien	8 619 <i>20,3</i>	9 853 <i>14,3</i>	10 560 <i>7,2</i>	9 957 <i>25,0</i>	11 039 <i>10,9</i>	12 220 <i>10,7</i>	-1 338 -	-1 186 -	-1 660 -
MOE-10	111 955 <i>14,3</i>	120 730 <i>7,8</i>	127 767 <i>5,8</i>	119 159 <i>11,3</i>	125 105 <i>5,0</i>	130 081 <i>4,0</i>	-7 203 -	-4 374 -	-2 314 -
Russland	40 992 <i>2,7</i>	40 059 <i>-2,3</i>	41 679 <i>4,0</i>	17 232 <i>42,9</i>	19 380 <i>12,5</i>	18 848 <i>-2,7</i>	23 760 -	20 679 -	22 831 -

Quellen: Eurostat; Berechnungen des IWH.

27% fällt besonders auf und ist mit den gestiegenen Exporten der Fahrzeugindustrie zu erklären. Im vergangenen Jahr nahm der Volkswagen-Konzern in Bratislava ein neues Automobilwerk in Betrieb. Die dazu notwendigen Zulieferungen erklären auch den überdurchschnittlich starken Anstieg der slo-

wakischen Importe. Eine ähnliche Entwicklung konnte vor einigen Jahren für die Tschechische Republik beobachtet werden. Die Beispiele zeigen, wie einzelne Großinvestitionen internationaler Unternehmen sprunghaft das Niveau der Exporte – und auch der Industrieproduktion – in kleinen Län-

dem zu erhöhen vermögen. In den nächsten Jahren dürfte die Außenhandelsentwicklung wieder auf einen „normalen“ Pfad zurückkehren.

Auch der Anteil von Werkstoffen und Vorprodukten (SITC 6 und 7) am Export aus Mittel- und Osteuropa weitete sich im vergangenen Jahr aus. Da zugleich der Anteil der Importe in diesen Warengruppen zunahm, ist eine Verstärkung intra-industrieller Handelsstrukturen anzunehmen. In den vergangenen zehn Jahren ist der intra-industrielle Handel – d. h. die Ein- und Ausfuhr ähnlicher Industriewaren – im Handel mit der EU bereits beträchtlich angestiegen und nähert sich offenbar den noch höheren Anteilen im Handel der bisherigen EU-Länder untereinander an.⁴ Dieser Prozess wird sich voraussichtlich nach dem Beitritt zur EU fortsetzen, da der Anstieg des intra-industriellen Handels eine häufig empirisch nachgewiesene Auswirkung regionaler Integration ist.⁵

Weitere Senkung der Defizite im Handel mit der EU 2004 und 2005

Von der für das laufende und das kommende Jahr erwarteten Belebung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der EU, vor allem aber in Deutschland, werden positive Impulse für die Exportentwicklung in Mittel- und Osteuropa ausgehen. Das Wachstum der Exporte der zehn mittel- und osteuropäischen Länder (in Euro) wird im Jahr 2004 auf etwa 8% steigen. Bei einem Wachstum der Importe von 5% wird sich die Handelsbilanz insgesamt verbessern. Diese Verbesserung wird sich im Jahr 2005 mit einem Exportwachstum von 10% und einem Importwachstum von 7% fortsetzen.

Für eine mittelfristige Beschleunigung von Exporten und Importen spricht vor allem, dass erste Effekte aus der EU-Mitgliedschaft zum Tragen kommen werden, insbesondere sinkende Transaktionskosten, z. B. durch den Wegfall von Zollabfertigungen oder durch den Wegfall bisher noch bestehende Restriktionen, u. a. für einige Produkte der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie.

Für Russland ist zu erwarten, dass im laufenden Jahr die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft

wiederum erheblich zunehmen. Der Anstieg wird vorwiegend von einer mengenmäßigen Ausweitung der Exporte stammen. Die russischen Gesamtausfuhren werden deshalb im Jahr 2004 um etwa 12% (in US-Dollar) steigen. Das Importwachstum wird sogar 20% betragen, da die inländische Nachfrage stark expandieren wird. Im nächsten Jahr werden jedoch Kapazitätsengpässe in der russischen Öl- und Gasförderung das Exportwachstum weiter begrenzen. Bei unverändert hohen Importzuwächsen dürfte sich der Handelsüberschuss wieder deutlich verringern.

Ausblick für wirtschaftliche Entwicklung 2004 und 2005

Die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten mittel- und osteuropäischen Region in diesem und dem nächsten Jahr erscheinen angesichts der Anzeichen einer Erholung der westeuropäischen Konjunktur günstig. Die Ausweitung der Ausfuhren wird auch eine Zunahme der Produktion nach sich ziehen, wodurch die Volkswirtschaften zusätzliche Impulse erhalten werden. Allerdings wird sich der private Konsum als wichtige Stütze des Wachstums etwas verhaltener entwickeln.

In den Beitrittsländern kann von einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 3,8% für 2004 und 4,1% im Jahr 2005 ausgegangen werden. Ausschlaggebend dafür ist, dass von der Außenwirtschaft stärkere Impulse als bisher kommen. Die Inflation wird sich im Prognosezeitraum nur in einigen Ländern weiter zurückbilden. In den meisten Ländern wird der Preisauftrieb sogar leicht zunehmen. Dabei spielt neben einem stärkeren Nachfragewachstum vor allem die Anpassung von indirekten Steuern in den Beitrittsländern sowie die Anhebung administrierter Preise eine Rolle. Die Nahrungsmittelpreise werden voraussichtlich nicht weiter sinken.

Das BIP-Wachstum Russlands wird sich 2004 und 2005 auf etwa 5% p. a. abschwächen, weil mit einem so starken Außenhandelsimpuls (Preisentwicklung bei Erdöl) wie im Jahr 2003 nicht mehr zu rechnen ist. Die Inflationsrate wird sich weiter zurückbilden.

Martina.Kaempfe@iwh-halle.de

⁴ Vgl. GABRISCH, H.; SEGNANA, M. L.: Vertical and Horizontal Patterns of Intra-industry Trade between EU and Candidate Countries. IWH-Sonderheft 2/2003.

⁵ Vgl. ROBSON, P.: The Economics of International Integration. Routledge, London 1993, S. 266 ff.